Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 63 (1971)

Heft: 3

Artikel: Polen : es geht um mehr als nur um soziale Besserstellung

Autor: Schläppi, Bruno

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354494

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sichts der 6 Prozent Arbeitslosen, die in den USA als dem «grössten» Währungssünder gezählt worden sind. Was das konjunkturpolitische Instrumentarium betrifft, so wird sich ziemlich rasch zeigen, welche Instrumente sich mit den «Grundsätzen der Marktwirtschaft» vereinbaren lassen: Der Bundesrat hat eine entsprechende Vorlage für die zweite Hälfte 1971 in Aussicht gestellt. Unsere Erwartungen sind jedoch bescheiden. Angesichts der politischen Verhältnisse wird sich in einem Wahljahr erst recht nichts durchsetzen können, das schon bisher in den Eidgenössischen Räten keine Gnade gefunden hat.

Infolgedessen lauten die wirtschaftlichen Prognosen für das Jahr 1971 im ganzen eher inflatorisch: Das Angebot an Waren und Dienstleistungen, das 1970 real um 4,5 Prozent auf fast 90 Mia Fr. angestiegen ist, wird der Nachfrageentwicklung weiterhin nachhinken, so dass sich der bereits jetzt beunruhigend starke Auftrieb bei den Lebenskosten zeitweilig eher noch beschleunigen wird.

Dr. Hans A. Traber, Zollikofen-Bern

Polen: Es geht um mehr als nur um soziale Besserstellung

Der neue Erste Mann Polens, Edward Gierek, hat seine Position bislang nicht in dem Masse konsolidieren können, wie allgemein erwartet wurde. Die soziale und politische Situation ist äusserst kritisch geblieben, wie die jüngste Entwicklung im Textilindustriezentrum Lodz zeigte, wo 120 000 Textilarbeiter wenige Tage nach dem 8. Plenum des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (KP) die Arbeit niederlegten.

Keine grundlegenden Reformen

Neben den Lohnerhöhungen bis zu 16 Prozent verlangten die Streikenden mit aller Deutlichkeit das Mitspracherecht im Betrieb, Mitbestimmung auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparates und Pressefreiheit. In den Verhandlungen mit Ministerpräsident Jaroszewicz betonten sie ihr Recht auf Selbstbestimmung der Leistungsnormen und beanspruchten ein einheitliches Arbeits-, Lohn- und Prämiengesetz, welches von den Planbehörden nicht mehr willkürlich ausgelegt werden dürfe. Sie protestierten gegen die subjektive Festlegung und Veränderung von Normen, welche für sie regelmässig Lohnkürzungen und Plansollerhöhungen bedeuteten.

Sie konnten sich mit dem Regierungschef nicht einigen, nahmen aber am nächsten Tag die Arbeit gleichwohl wieder auf, da dieser eine allgemeine Preissenkung auf Grundnahrungsmittel für den 1. März ankündigte.

Allerdings, nach zuverlässigen Berichten zu schliessen, hat sich in Volkspolen die soziale Spannung noch nicht gelegt und ist die Diskrepanz zwischen den Versprechen des Ersten Parteisekretärs und der polnischen Programmstellung der Werktätigen nicht vermindert worden. Die letzte ZK-Sitzung hat ihre Hoffnungen nicht erfüllt. Gierek blieb in seinem verlesenen Aktionsprogramm weit unter ihren Erwartungen und beschränkte sich auf rein technisch-organisatorische Massnahmen, welche er scheinbar für die Ueberwindung der inneren Krise als hinreichend betrachtet. Im Gegensatz zu den Dockern, Werftarbeitern und öffentlichen Angestellten in den Ostseestädten, die in ihrem 24 Punkte umfassenden Postulat auf grundlegender Demokratisierung bestehen, machte er bloss sehr bescheidene Ansätze zu staatspolitischen und ökonomischen Reformen. Er versprach ein neues Verwaltungsgesetz, welches den lokalen Verwaltungsorganen grössere Entscheidungsgewalt garantiert, und die «permanente Aussprache» mit den Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen bei der Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme. Doch ging er weiter nicht darauf ein. Ueber die Gewerkschaften als unabhängige, selbständige politische Einheit, wie sie von den polnischen Arbeitern wieder gesehen werden will, und über das Mitspracherecht in den Fabriken verlor er kein Wort.

Soziale Befriedung bitter notwendig

Um deshalb neue Unruhen abwenden zu können, muss die Regierung Jaroszewicz unter allen Umständen die soziale Besserstellung der Arbeiterklasse verwirklichen, sieht sich aber gerade mit dieser vordringlichsten Aufgabe in einem Teufelskreis verhaftet. An allen Ecken und Enden fehlen die dringend benötigten finanziellen Mittel. Nach Schätzungen der Plankommission braucht allein die Leichtindustrie 400 Mia Zloty (66 Mia sFr.) zu ihrer Sanierung, ohne die, wie das Zentralorgan «Trybuna Ludu» unterstrich, die Sicherstellung der Versorgung auf die Dauer nicht gewährleistet werden kann. Doch auch die Zurücknahme der Preiserhöhungen vom Dezember 1970 wirft neue Probleme auf, weil sie die bereits bewilligten Lohnerhöhungen wieder in Frage stellt, wie in Warschau erklärt wird. Die nun vom Sejm (Parlament) beschlossenen Steuererhöhungen für Privatunternehmer bringen dem Staate nur Mehreinnahmen von 3 Mia Zloty ein, die erhöhten Abgaben für Kraftfahrzeuge und Telefongebühren 7 Mia Zloty.

Polens Staatssäckel sucht verzweifelt nach Mehreinkünften. Die kritische Finanzlange bringt das Regierungsorgan «Zycie Wars-

zawy» zum Schluss, dass auf längere Sicht nur eine gesteigerte Produktionsleistung in der Konsumgüterindustrie die Ueberbrückung der Versorgungsengpässe ermögliche und dass Partei- und Staatsspitzen nicht immer in der Lage sein werden, gleichzeitig Preissenkungen und Lohnerhöhungen zu bewilligen.

Giereks Lage ist beinahe aussichtslos. Gelingt ihm die soziale Befriedung, für die er nur minimale Investitionsmittel zur Verfügung hat, nicht, muss er Vertrauensschwund in Kauf nehmen, und die Autoritätskrise, in der die Partei sich schon befindet, greift weiter um sich. Parallel dazu müssten zwangsläufig die Produktionsziffern weiter absinken, wie die Erfahrung in kommunistischen Staaten lehrt. Das Dilemma der neuen Männer ist offensichtlich: Ohne eine Mehrleistung in der Erzeugung können sie keine besseren Lebensbedingungen schaffen. Die Arbeiter hingegen sind dazu nur bereit, wenn sie zuerst sozial besser gestellt werden.

Die Bedingungen Moskaus

Vorderhand ist die Sowjetunion bereit, Wirtschaftshilfe zu leisten, damit Gierek wenigstens der Spur nach aus diesem Circulus vitiosus ausbrechen kann, und hat Warschau einen langfristigen Kredit in der Höhe von umgerechnet 9,8 Mia sFr. zugestanden, damit die Einfuhr der fehlenden wichtigsten Konsumgüter abgesichert werden kann. Selbstverständlich hat dies Moskau nicht aus purer Nächstenliebe getan.

Die polnische Krise zieht spürbar Kreise innerhalb des Sozialistischen Lagers, insbesondere innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft des Comecons. Sie stört deren Wirtschaftsgang und im speziellen die Koordination der Fünfjahrespläne unter den Mitgliedern. Noch mehr aber fürchten der Kreml und seine Vasallen eine Konterrevolution in Polen, falls der soziale Spannungsherd nicht bald zur Ruhe kommt. Und wie gutinformierte Kreise in Ostberlin, Prag und Moskau melden, bereut man an höchster Stelle, dass man im Sommer 1970 das Ansuchen Gomulkas um Wirtschaftshilfe abgelehnt hat.

Die politischen Bedingungen dafür sind denn auch von Moskau klar umrissen worden: Keine politischen und wirtschaftlichen Experimente. Gierek laviert zur Stunde zwischen der Arbeiterklasse und dem Kreml, verfolgt man das Revirement an der Spitze des Partei- und Staatsapparates. Ob er auf die Länge beiden Seiten Konzessionen machen kann, ist fraglich. Dass er zum Beispiel dem Altstalinisten Andrzej Werblan zum Nachfolger des Chefideologen Kliszko und der einen harten Kurs verfechtenden Moczar-Gruppe Zugeständnisse machte, dass er mit der Säuberung des Polizeiapparates zögert, obwohl er dies den Werktätigen versprochen hat, ist Indiz genug für den Druck aus dem Kreml. Nicht Reformpolitiker,

sondern reine Technokraten sind bisher zum Zuge gekommen, wie die Führungswechsel in Stettin, Danzig und an der Spitze der Bauernpartei beweisen.

Einen Warschauer Frühling wird es also kaum geben. So dürfte der latente Unruheherd Polen weiterbestehen und die ungelöste Wirtschaftsproblematik ebenfalls. Gierek besitzt einfach nicht den Spielraum für echte Reformen. Bruno Schläppi, Wien

Soziale Struktur und Entwicklung

Vom 14. bis 18. Dezember fand in Israel der Zweite Weltkongress von Ingenieuren und Architekten statt. Im Rahmen dieser Tagung hielt Heinz Umrath ein Grundsatzreferat über «Soziale Struktur und Entwicklung». Heinz Umrath ist ein bekannter holländischer Gewerkschafter, der heute als Sekretär des Wohnungsbau-Ausschusses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften eine rege und viel beachtete Tätigkeit entfaltet.

Wenn man der vorletzte Sprecher ist, dann muss man sparsam mit der Sprechzeit umgehen, wie wir mit allen unseren Produktionsmitteln in der ganzen Welt sparsam sein müssen. Aber man kommt stets in eine Situation, von der wir in Holland sagen, dass das meiste Gras vor unseren Füssen schon weggemäht ist. Ich will daher versuchen, einige Punkte zu betonen, welche die andere Seite der Medaille aufzeigen, und ich werde damit vielleicht einigen Vorrednern widersprechen. Diese Widersprüche beruhen jedoch auf den jüngsten Berichten der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO).

In einigen Punkten werde ich vielleicht noch weiter gehen; aber wenn ich über Zahlen und Prognosen spreche, dann sind es nicht meine Behauptungen, sondern die der Uno-Organisationen. Ich möchte mit einem kurzen Zitat aus der Präambel der Uno-Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade 1971 bis 1980 beginnen, die am 24. Oktober 1970 von der Allgemeinen Versammlung angenommen wurde. «Das Endziel der Entwicklung muss hierin bestehen, dass bleibende Verbesserung für das Wohlsein des Individuums erreicht wird und der Fortschritt allen zugute kommt.» Alle Sprecher haben das bereits hervorgehoben; aber der Text geht weiter: «Wenn unzulässige Privilegien, übergrosser Reichtum und soziale Ungerechtigkeit bestehen bleiben, dann wird die Entwicklungsstrategie ihre wesentlichen Ziele nicht erreichen.»

Dies muss unser Ausgangspunkt sein. Wir können nicht einfach planen und mit der ganzen sozialen und ökonomischen Struktur weitergehen, wie wir das bisher getan haben. Viel wurde über Industrialisierung gesprochen; *aber während der ersten Entwicklungsdekade hat die Industrialisierung im allgemeinen nicht genügend*